

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

24/SN-197/ME 1 von 3

Zl. Verf-785/3/1985

Betreff: Entwurf eines Ehenamensrechtsänderungs-  
gesetzes 1985

Bezug:

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.

An das

Präsidium des Nationalrates

Datum: 19. NOV. 1985

Erteilt: 22. NOV. 1985

1017 WIEN

86 85  
goh  
J. Boarier

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des  
Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Ehenamensrechts-  
änderungsgesetzes übermittelt.

Anlagen

Klagenfurt, 1985-11-12

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

Glantschnig

**AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG****Zl.** Verf-785/3/1985**Betreff:** Entwurf eines Ehenamensrechtsänderungs-  
gesetzes 1985**Bezug:****Auskünfte:** Dr. Glantschnig**Telefon:** 0 42 22 - 536**Durchwahl** 30204**Bitte Eingaben ausschließlich  
an die Behörde richten und die  
Geschäftszahl anführen.**

An das

Bundesministerium für Justiz

Postfach 63

1016 WIEN

Zu dem mit do. Schreiben vom 27. September 1985, GZ.  
4402/101-I 1/85, übermittelten Entwurf eines Ehenamensrechtsänderungs-  
gesetzes 1985, nimmt das Amt der Kärntner Landesregierung Stellung wie  
folgt:

Der vorgelegte Entwurf muß aus der Sicht der Vollzugsbehör-  
den wegen dem vorgesehenen hohen Verwaltungsaufwand und wegen der Un-  
überschaubarkeit für den Bürger abgelehnt werden.

Es erscheint nicht vertretbar, wegen einer geringen Anzahl  
von Auslandsehen für die Vielzahl der Inlandsehen komplizierte und die  
Verwaltung weiter belastende Regelungen zusätzlich einzuführen.

Nach dem Entwurf sollte der Bundesminister für Justiz jähr-  
lich eine auf statistischen Ermittlungen basierende Verordnung über die  
Namensführung der Ehegatten erlassen, wobei Ehegatten, die keine Namens-  
bestimmungserklärung abgegeben haben, bis zur Verordnungsverkündung kei-  
nen gemeinsamen Familiennamen führen. Nach der Verordnung hätten sie  
dann entweder den Mannes- oder Frauennamen zu führen und können darüber  
hinaus auch gegen die Verordnung den Frauennamen bestimmen, wenn laut Ver-  
ordnung der Mannesname im Vorjahr häufiger vereinbart wurde. Vor der

- 2 -

Verordnungsverkündung bzw. der nachträglichen Namensbestimmung geborene Kinder können ihren nun von den Eltern abweichenden Namen im Wege eines sehr kostspieligen (S 4.700,--) Namensänderungsverfahrens ändern lassen.

Da die Fälle, in denen der Frauenname gemeinsamer Ehepartner ist, derzeit weniger als 1 % ausmachen, erscheint die Annahme, daß der Frauenname in nächster Zukunft häufiger als der Mannesname gewählt werden würde, eher utopisch. Im Hinblick auf den eigentlichen Sinn des Familiennamens, dem vor allem Ordnungs- und Sicherheitsfunktion zukommt, erscheint es durchaus vertretbar, daß die Verlobten sich über den gemeinsamen Ehepartnernamen vor oder spätestens bei der Eheschließung zu einigen hätten. Jedenfalls scheint die in diesem Zusammenhang im Entwurf enthaltene Wortwahl (Seite 13 der Erläuterungen spricht von den bei der Namenswahl "Unterliegenden") nicht angebracht.

Wie ein Blick in das angrenzende Ausland zeigt, gibt es in keinem dieser Staaten auch nur eine annähernd ähnlich aufwendige und unverständliche Ehenamensführungsregelung für Ehegatten und Kinder.

Klagenfurt, 1985-11-12

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.



\* \*